WP-01-K2-162

Einfach dabei sein – fair und bezahlbar

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Thomas Dienberg (KV Leipzig)

Änderungsantrag zu WP-01-K2

Von Zeile 161 bis 163 einfügen:
und gemeinnützigen Wohnungsbau unterstützen wir, indem im Bund die Fördermittel für sozialen Wohnungsbau erhöht werden und die befristete Belegungsbindung abgeschafft wird. Die Wohnungsbauförderung soll künftig als Investitions- und/oder Baukostenzuschuss in die Objektförderung fließen, so dass Sozialwohnungen dauerhaft bezahlbar zur Verfügung stehen. Gemeinnützige und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen wollen wir besonders unterstützen. Die Neue

Begründung

Bezahlbares Wohnen für alle – eine der drängendsten Fragen unserer Zeit

Es fallen immer mehr Sozialwohnungen in Leipzig und anderen Städten aus der Bindung, soll heißen: Sozialwohnungen, die in den 1990er und 2000er Jahren errichtet und mit vielen Millionen Euro seitens des Staates gefördert wurden, fallen jetzt, 15 bis 20 Jahre nach der Errichtung, aus der Mietpreisbindung. Sie werden nun am sogenannten freien Wohnungsmarkt – eben frei, soll heißen: teurer – vermietet. Staatliche Fördermilliarden sind nach 15 bis 20 Jahren einfach verpufft! Das darf nicht sein!

Der Effekt: Die geförderten Sozialwohnungen nehmen zahlenmäßig in Leipzig insgesamt ab, weil mehr Wohnungen aus der Bindung fallen, als neue nachgebaut werden. Und genau dieser Effekt ist auch in Deutschland insgesamt zu beobachten: Die befristete Belegungsbindung führte in den vergangenen 20 Jahren zu einer stetigen Abnahme der Sozialwohnungen. Obwohl Bund und Länder in 2024 zusammen über 5 Mrd. € für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt haben, gibt es zur Zeit deutschlandweit nur noch rund 1 Mio. Sozialwohnungen, 2014 waren es noch 1,5 Mio und 2006 sogar noch 2 Mio. Sozialwohnungen.

Ziel muss es deshalb sein, dass wir loskommen von der befristeten Belegungsbindung und hinkommen zur Förderung von dauerhaft preisgünstigem Wohnraum. Die 4. Bündnis-Spitzenrunde bei Bundesministerin Geywitz Anfang Dezember, an der ich für den Deutschen Städtetag teilgenommen habe, hat das eindrücklich gezeigt. Allen Anstrengungen zum Trotz: die Bundesregierung hat nicht annähernd ihre selbstgesteckten Ziele erreicht. Von den geplanten 400.000 Wohnungen jährlich konnten gerade einmal 100.000 gebaut werden. Die Lage am Wohnungsmarkt hat sich seit 2020 weiter verschärft.

Es braucht deshalb einen grundlegenden Wechsel in der Förderstrategie des Bundes.

Es braucht echte, nicht rückzahlbare Investitions- und/oder Baukostenzuschüsse an jene Wohnungsunternehmen, die sich dem Gemeinwohl verpflichten, die Sozialwohnungen bauen und sie auch in ihrem Bestand halten. Nicht zeitlich befristet, sondern dauerhaft, für immer! Dies erfordert eine grundlegende Neuausrichtung der Wohnungsbauförderung des Bundes.

weitere Antragsteller*innen

Tobias Peter (KV Leipzig); Chantal Schneiß (KV Leipzig); Ludger Kilian (KV Dresden); Marielene Dreeßen (KV Hamburg-Altona); Constantin Suppee (KV Leipzig); Stefan Dressel (KV Leipzig); Alexander Zobel (KV Leipzig); Anja Staub (KV Leipzig); Cornelius Hantscher (KV Göttingen); Monika Dienberg (KV Northeim/Einbeck); Bettina Koch (KV Hamburg-Altona); Felix Holefleisch (KV Bremen-Mitte); Lars Boettger (KV Hamburg-Altona); Florian Tuczek (KV Leipzig); Stefan Wenzel (KV Cuxhaven); Klaus Habermann-Nieße (KV Hannover); Brigitte Nieße (KV Hannover); Katharina Krefft (KV Leipzig); Peggy Schmidt-Mittenzwei (KV Vogtland); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.